Den Kitas gehen die Kinder aus

Eine erste Kita schliesst, viele andere kämpfen mit (zu) tiefer Belegung. Ein Grund sind hohe Kosten.

Raphael Karpf, Judith Frei

Die Stadt Solothurn verliert eine Kita. Die «Giraffe» schliesst nach 25 Jahren aufgrund fehlender Nachfrage. Die Auslastung beträgt gerade mal noch 30 Prozent. Viel zu wenig, um wirtschaftlich arbeiten zu können.

Die Verantwortlichen sehen mehrere Gründe: sinkende Geburtenrate, Konkurrenz von anderen Kitas, die zuletzt in der Region entstanden sind. Und auch die Sperrung einer Zubringerstrasse zur Kita, wodurch sich der Anfahrtsweg für Eltern verlängert.

Dass die Auslastung so tief ist wie in der «Giraffe», ist sicher ein Extremfall. Und doch kämpfen derzeit viele Kitas im Kanton mit ähnlichen Problemen.

Der Verein Kindertagesstätten Kanton Solothurn, bei dem die meisten Kitas im Kanton Mitglied sind, hat dieses Jahr eine Umfrage durchgeführt. «Die Zahlen sind eindrücklich», sagt Vereinspräsidentin Corina Dreier-Gebauer. 51 Prozent der Kitas geben an, dass ihre Belegung im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, 54 Prozent berichten von rückläufigen Neuanmeldungen.

Zudem zeigen die Zahlen, dass viele Kitas keine gesunde Auslastung haben. Fast die Hälfte der Kitas gibt eine Auslastung von unter 75 Prozent an. Das schlägt sich aufs Portemonnaie. 39 Prozent geben an, dass der wirtschaftliche Druck hoch ist.

Eine «verpasste Chance»

Woran liegt es? Für Dreier-Gebauer spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Die rückläufige Geburtenrate führe sicherlich dazu, dass weniger Kinder einen Betreuungsplatz benötigten. Das wirkt sich einerseits auf die Auslastung der Kitas aus und erhöht den wirtschaftlichen Druck auf die Betriebe. «Andererseits stellen die hohen Betreuungskosten für viele Familien, vor allem mit mehr als einem Kind, eine erhebliche finanzielle Belastung dar», sagt Dreier-Gebauer.

Mit dem Kita-Gesetz wollte der Kanton dem entgegenwirken und alle Gemeinden verpflichten, Betreuungsgutscheine einzuführen. Damit hätten Kanton und Gemeinden einen Teil der Betreuungskosten übernommen und die Familien finanziell entlastet.

Dass das Kita-Gesetz deutlich abgelehnt wurde, bezeichnet Dreier-Gebauer darum als verpasste Chance. Nicht nur für Eltern, die arbeiten möchten, sondern auch aus finanzieller Sicht. Denn: Je früher mögliche Defizite erkannt und angegangen werden, desto mehr Kosten liessen sich später in der Schule sparen, sagt Dreier-Gebauer. Sei es für Heilpädagogik, Logopädie und so weiter.

Allerdings sei dazu auch gesagt: Die Stadt Solothurn ist eine der Gemeinden im Kanton, die von sich aus Betreuungsgutscheine eingeführt hat. Und trotzdem muss eine Kita auf Stadtgebiet schliessen.

Überangebot an Kitas

Aufgrund der fehlenden Unterstützung und der sinkenden Nachfrage gibt es derzeit ein Überangebot an Kitas. Aus diesem Grund hat der Kita-Verein mit dem Kanton das Gespräch gesucht. Der Verein möchte erreichen, dass neue Kitas nur noch dort entstehen, wo tatsächlich Bedarf besteht. Dafür sollten die Gemeinden im Bewilligungsverfahren in Zukunft ihr Augenmerk vermehrt auf die Nachfrage richten. «Wir wollen eine ausgewogene Betreuungslandschaft im Kanton», sagt Dreier-Gebauer. Und fügt an: Mit flächendeckenden Betreuungsgutscheinen würde das automatisch resultieren.

Ob das reicht, wird sich zeigen. Bei der Umfrage haben 45 Prozent der Kitas angegeben, dass sie damit rechnen, dass sich die Situation in den nächsten 12 Monaten verschlechtert.

Der Kanton selbst hat keine Übersicht über die Auslastung der insgesamt 83 bewilligten Kitas. Er ist allerdings auch «nur» Aufsichtsorgan. Heisst: Der Kanton erteilt Bewilligungen und stellt sicher, dass die Auflagen eingehalten werden. Dass der Betrieb rentiert, dafür ist jede Kita selbst verantwortlich.

Spielte das Nein keine Rolle?

Und doch hat auch der Kanton die Probleme in der Branche mitbekommen. Allerdings schreibt Mathias Regotz, Abteilungsleiter Soziale Einrichtungen: «Eine kantonsweite, rückläufige Auslastung in Kitas können wir bislang nicht erkennen.» Nur vereinzelt habe man Kenntnis von Kitas, die wegen rückläufiger Auslastungszahlen unter wirtschaftlichem Druck stünden.

Wo sieht der Kanton die Gründe für die sinkende Nachfrage? Die Antwort ist dieselbe wie beim Kita-Verein: «Die hohen Betreuungskosten können dazu führen, dass der Betreuungsumfang zurückhaltender in Anspruch genommen oder reduziert wird», schreibt Regotz. Weiter nennt er den Fachkräftemangel, die sinkende Geburtenrate oder regionale Überangebote. Das Kita-Gesetz hätte diese Situation massgeblich verbessert, so Regotz. Einen direkten Zusammenhang zwischen der Ablehnung des Gesetzes und einer sinkenden Auslastung lasse sich aber nicht herleiten.

Der Bund ist aktiv geworden

Eine Neuauflage des Kita-Gesetzes ist aber ohnehin nicht geplant. Nach der deutlichen Abfuhr an der Urne wird sich der Kanton hüten, dieses Thema erneut auf kantonaler Stufe anzugehen. Dazu kommt: Ohnehin ist der Bund bei diesem Thema aktiv geworden.

Kürzlich wurde eine Betreuungszulage für Eltern beschlossen. Besucht ein Kind die Kita einen Tag pro Woche, sollen die Eltern mit 100 Franken im Monat unterstützt werden (200 bei 2 Tagen usw.). Zudem soll die Unterstützung für Eltern von Kindern mit Behinderung höher sein.

Derzeit werden die Details der Vorlage erarbeitet. Früher oder später wird sich auch die kantonale Politik damit auseinandersetzen müssen. Denn: Die Finanzierung der neuen Betreuungszulage müssen die Kantone regeln. Inwieweit diese neue Zulage der tiefen Auslastung in Solothurner Kitas entgegenwirken werde, lasse sich derzeit aber nicht abschätzen, so Regotz.

Grünes Licht für das Budget

Voranschlag 2027 Zwei Tage lang hat die Finanzkommission (Fiko) den Voranschlag 2027 des Kantons Solothurn durchgeackert. Nun gibt die Kommission grünes Licht für das Budget mit einem Defizit von 42 Millionen Franken. Bei «einigen Gegenstimmen» wurde das Budget abgesegnet, wird kommuniziert. Damit ist klar: Der Voranschlag wird im Parlament im Dezember abgesegnet werden.

Der Vorgang war auch schon umstrittener. Ein Grund für das Wohlwollen der Fiko ist sicher bei der Nationalbank zu finden. Dank eines sehr guten Zwischenergebnisses dürfen sich die Kantone aller Voraussicht nach auf eine Mehrfachausschüttung freuen. Damit verringert sich das ursprünglich budgetierte Defizit von über 70 Millionen um 33 Millionen Franken.

Fiko ist mit dem Budget nicht zufrieden

Und trotzdem ist die Fiko nicht zufrieden, heisst es in einer Mitteilung. Insbesondere die steigenden Kosten im Bereich der Volksschule, speziell bei der Sonderpädagogik, seien nicht mehr steuerbar. Nicht nur kritisiert, sondern tatsächlich gekürzt wird das Globalbudget Gesundheit um rund eine Million Franken.

Weitere Kürzungsanträge fanden in der Fiko dann allerdings keine Mehrheit. Die Budgetdebatte im Kantonsrat beginnt am 8. Dezember. (*szr*)

Ein Netz voller Ängste und sicherer Orte

Wo fühlen sich Kinder und Jugendliche sicher? Und wo nicht? Im Lindenhaus Grenchen haben sie ihre Erfahrungen aufgeschrieben.

Vanessa Schaad



«Männer», «Bahnhof» und «Schule» nannten die Anwesenden mehrfach als für sie unsichere Orte. Bild: Carole Lauener

Für viele Kinder und Jugendliche ist das Jugendzentrum Lindenhaus in Grenchen ein Safe Space. Ein Ort, an dem sie sich sicher fühlen und sich gerne mit ihren Freundinnen und Freunden treffen. Genau darum geht es auch an diesem Freitag, am Tag der Kinderrechte. An den diesjährigen Kinder- und Jugendtagen zum Thema «Unsicherheit erkennen, Sicherheit schaffen» fanden im Kanton zahlreiche Veranstaltungen statt.

Auch das Lindenhaus beteiligt sich daran. Das Team um Leiterin Melanie Stotter hat Kinder und Jugendliche nach ihren Erfahrungen gefragt. Diese halten sie auf farbigen Zetteln fest. Auf den grünen Zetteln steht, wo sie sich sicher fühlen, auf den gelben, was sich ändern müsste, damit sie sich sicher fühlen, und auf den roten, wo sie sich nicht sicher fühlen.

Das Zuhause, bei Freundinnen und Freunden und eben auch das Lindenhaus haben die anwesenden Teenager besonders häufig auf die grünen Zettel geschrieben. «Für mich ist auch die Moschee ein sicherer Ort», sagt ein Elfjähriger, der regelmässig ins Lindenhaus kommt und den Teilnehmenden auf dem Rundgang gleich einige Räume vorgestellt hat. Auf die anderen Zettel habe er nichts daraufgeschrieben. Ihm falle kein unsicherer Ort ein.

Auch die Politikerin kennt die Angst vor Übergriffen

Anderen Kindern und Jugendlichen geht es anders. «Männer», «Bahnhof», «draussen» oder «Schule» stehen mehrfach auf den roten Zetteln. Ein Mädchen schrieb auf den Zettel, dass es unsicher werde, wenn es jemand verfolge und komische Fragen stelle. Daneben ein trauriges Smiley. Auf ihren gelben Zettel beschrieb dasselbe Mädchen die Angst, entführt zu werden.

Dass sich Frauen häufiger unsicher fühlen, wenn sie allein unterwegs sind, ist keine Neuigkeit. Die Angst vor sexuellen Übergriffen weckt auch bei Regierungsrätin Susanne Schaffner Erinnerungen. «Mich hat schockiert, auf den Zetteln zu lesen, dass Männer, die vergewaltigen, wegsollen, damit sich Mädchen sicher fühlen.» Genau davor habe auch sie als junge Frau Angst gehabt. Ihrer Meinung nach werde das Thema in der Schule noch zu wenig diskutiert. Lindenhaus-Leiterin Melanie Stotter hat Schulen angefragt und Klassen eingeladen, sich an der Aktion zu beteiligen. Am Freitagnachmittag ist die Klasse von Sabine Schär dabei. Die Achtklässlerinnen und Achtklässler der Sek B mussten dafür nur wenige Schritte zum Lindenhaus laufen.

Die Lehrerin arbeitet regelmässig mit dem Jugendzentrum zusammen. Mit dem Thema Sicherheit hat sich ihre Klasse bereits im Unterricht beschäftigt. Der Besuch im Lindenhaus bietet nun die Gelegenheit, sich ausserhalb des Klassenzimmers damit auseinanderzusetzen.

Viele Zettel, viele Erinnerungen

Die gesammelten Antworten sollen sichtbar sein. Dafür hat das Lindenhaus-Team ein «Sicherheitsnetz» über dem Pingpongtisch vor dem Gebäude gespannt. Einige Zettel hängen bereits darin. Sie stammen aus der Onlineteilnahme und von vorherigen Veranstaltungen dieser Woche.

Nun kommen die Rückmeldungen der Anwesenden hinzu. Gemeinsam befestigen sie ihre farbigen Zettel mit Kabelbindern am Netz. So entsteht nach und nach eine Sammlung von Orten, an denen sich junge Menschen sicher fühlen, aber auch von Ängsten und Wünschen nach mehr Sicherheit.

Zum Abschluss gibt es Eistee, Früchte und Donuts. Dabei kommt Regierungsrätin Schaffner mit den Jugendlichen ins Gespräch. Ein Junge erzählt ihr, dass er boxe. «Meine Tochter boxt auch», antwortet Schaffner. Der Sport halte sie nicht nur fit, sondern gebe ihr auch Sicherheit.